

**Die Linke im Stadtrat Hildesheim**  
Zingel 20, 31134 Hildesheim

**Die Linke im Stadtrat  
Hildesheim**

Zingel 20  
31134 Hildesheim

[stadt@linksfraktion-hi.de](mailto:stadt@linksfraktion-hi.de)  
[www.stadt.linksfraktion-hi.de](http://www.stadt.linksfraktion-hi.de)

Ralf Jürgens

Hildesheim, 05.09.2025

## **Anfrage an den Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer für die Ratssitzung am 8.9.2025**

### **Wann erfolgt die Einberufung eines Runden Tisches Zivile nachhaltige Entwicklung der Hildesheimer Wirtschaft?**

Am 1.9.2025, dem Antikriegstag, machte der niedersächsische Ministerpräsident Olaf Lies (SPD), im Hildesheimer Haus der Industrie öffentlich, dass er sich aktiv für die Ansiedlung des Rüstungskonzerns Rheinmetall auf dem Bosch-Gelände im Hildesheimer Wald einsetze.

Die Belegschaft bei Bosch im Hildesheim wird von der Konzernleitung mit Stellenabbau in großem Umfang bedroht. In diesem trüben Wasser soll nun, geht es nach dem Willen des Ministerpräsidenten, der Rüstungskonzern Rheinmetall fischen. Militärprodukte wie zum Beispiel Drohnenbauteile oder Panzerteile könnten von den dann Ex-Boschmitarbeiter\*innen hergestellt werden, proklamierte Lies auf der Veranstaltung mit Unternehmern in der Bischofsmühle.

Das Werk wurde als Bosch-Tochtergesellschaft „Elektro- und Feinmechanische Industrie“ (ELFI) –(im Dezember 1942 umbenannt in Trillke-Werke GmbH) im Auftrag des Herrenwaffenamtes des Oberkommandos des Heeres als „Ausweichbetrieb“ der Boschwerke Stuttgart-Feuerbach versteckt im Hildesheimer Wald ab Herbst 1938 bis 1.1.1940 errichtet. Versteckt sollte der Rüstungsbetrieb vor Luftangriffen geschützt werden. In dem Werk sollten für die Motorisierung des Heeres Lichtmaschinen, Anlasser und Magnetzündler für Panzer und schwere LKWs produziert werden. Die Belegschaft wuchs bis März 1945 auf 4079 Mitglieder, davon waren 46 % ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Insgesamt mussten 2779 ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die aus mindestens 17 Nationen kamen – u.a. 991 aus Russland, 440 aus Frankreich, 406 aus Polen, 279 aus Italien, 275 aus Belgien 141 aus Ungarn, 55 aus Kroatien, sogar 31 indische Sikhs für den Konzern unter elenden Bedingungen schuften. Der Anteil der Frauen stieg ständig an und betrug im März 1945

schließlich 53 % (987 von 1871) in erster Linie Russinnen, Polinnen und Kroatinnen, darunter viele junge Frauen zwischen 15 und 20 Jahren. (Quelle: Hildesheim in der Zeit des Nationalsozialismus – eine Stadt zwischen Angst und Anpassung, Hans-Dieter Schmid, 2015, Veröffentlichungen des Hildesheimer Heimat- und Geschichtsvereins e.V., Band 2)

Während Hildesheim als Nürnberg des Nordens verklärt wurde, war die Stadt unter der brutalen braunen Herrschaft zu einem großen Rüstungsproduktionsstandort geworden. Dies führte u.a. zur Zerstörung der Stadt durch alliierte Bombardements 1944 und 1945 und zu tausenden Todesopfern der Einwohner und unter den etwa 10000 Sklavenarbeiterinnen und -arbeiter in Hildesheim.

— Weshalb schildern wir das hier? Weil wir als Stadtgesellschaft eine historische Verantwortung des „Nie wieder Krieg“ haben.

Weil erneut im Hildesheimer Wald Kriegsgüter produziert werden könnten, wenn Olaf Lies und Rheinmetall sich durchsetzen sollten. Das darf nicht wahr werden.

***Wir fragen Sie, Herr Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer, soll Hildesheim weiter als Friedensstadt für sich in der Welt und als Standort ziviler Produktion werben, oder soll Hildesheim schon wieder Rüstungsindustriestandort werden?***

***Sollte die Stadt die Initiative ergreifen für die Begründung eines öffentlichen gesellschaftlichen Dialogs in Form eines runden Tisches?***

Inhalte dieses Runden Tisches könnten sein:

- Kommunale Begleitung zum weiteren Umbau zu nachhaltiger ziviler Industrie und Wirtschaft mit tariflichen Arbeitsplätzen.
- Hildesheim als Botschafter des Friedens und als Friedensstadt

An diesem Runden Tisch könnten einbezogen werden:

— Kommunale Verwaltungen und Mandatsträger aller demokratischen Parteien und Wählervereinigungen, Gewerkschaften, Betriebsräte von Bosch und anderen Betrieben und Dienstleistungsunternehmen, tarifgebundene Betriebe, Organisationen der Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Sozialverbände, Arbeitsagentur und Jobcenter.

Dieses sozial-ökologische Zukunftsforum könnte regelmäßig tagen.

Es gälte zu beraten, was in die kommunale Wirtschaftspolitik und die lokale Wirtschaft umgesetzt werden kann.